



LINKE begrüßt Einlenken von K+S: „Alle Details gehören jetzt auf den Tisch“

Nach dem plötzlichen Einlenken von Kali+Salz und der Zusage, lange unter Verschluss gehaltene Verträge zur Fusion der ost- und westdeutschen Kali-Industrie dem Thüringer Landtag nun zugänglich zu machen, erklärte LINKE-Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow am 17. September: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Konzern seine Geheimhaltungstaktik korrigieren will. Ich fordere aber ebenso ausdrücklich, dass alle Teile des Vertrags auf den Tisch gehören und alle Details, die für Thüringen für die weiteren Verhandlungen wichtig sind.“ Schließlich stehe Thüringen vor der Aufgabe, Belastungen für das Land in Millionenhöhe abzuwenden.

Die plötzliche Ankündigung von K+S sei auch auf den Druck der LINKEN zurückzuführen, die seit Monaten beharrlich dafür kämpft, dass die Zusammenhänge endlich transparent dargestellt und die Akten offengelegt werden.

Zuletzt hatte Bodo Ramelow ein Klageverfahren gegen die Geheimhaltung angekündigt. Mit Verweis auch auf das Informationsfreiheitsgesetz müssten alle nur möglichen Wege gegangen werden, um Aufklärung herbeizuführen. „Es ist gut, dass endlich Bewegung in die Sache kommt. Wir dürfen nicht auf Jahre finanziell bluten für Aufgaben, für die letztlich nicht das Land verantwortlich ist“, so Bodo Ramelow. ■

Rettung in letzter Minute: Insolvenz abwenden

Mit einem dringlichen Brief haben sich am 17. September der Thüringer Landesverband der LINKEN und die Linksfraktion im Landtag an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht gewandt. „Die Landesregierung sollte sich in den nächsten Stunden dafür einsetzen, dass die drohende Insolvenz der Stadtwerke Holding und der Verkehrsbetriebe von Gera abgewendet wird. Dazu müssen der Haushalt der Stadt von der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich genehmigt werden und dann die notwendigen Sanierungsschritte eingeleitet werden“, unterstreichen die Thüringer Parteivorsitzende der LINKEN, MdL Susanne Hennig-Wellsow, und Bodo Ramelow, Vorsitzender der LINKE-Landtagsfraktion.

Nach einer dringlichen Sondersitzung des Geraer Stadtrats am 15. September war unklar geblieben, mit welchen konkreten Schritten in den noch verbleibenden gut zwei Wochen die endgültige Insolvenz der Stadtwerke und Verkehrsbetriebe abgewendet werden könnte. Jetzt müsse im wahrsten Sinne des Wortes „eine Rettung kommunaler Wirtschaftsunternehmen in letzter Minute“ erfolgen, betonte Bodo Ramelow in der Pressemitteilung am 18. September. Eine umgehende Genehmigung des städtischen Haushalts sei Voraussetzung dafür, dass die Stadt die notwendigen Zuschüsse zur Finanzie-

rung der Verkehrsbetriebe aufbringen kann, um dadurch die Insolvenz abzuwenden. Zudem wäre die Kreditfinanzierung zur Übernahme der Wohnungen in städtische Trägerschaft gesichert, gleichzeitig hätten die Stadtwerke die notwendige Liquidität, um das vorläufige Insolvenzverfahren zu beenden. Ab der eingetretenen Insolvenz hätten weder die Stadt Gera noch das Land oder das Landesverwaltungsamt „irgendeinen Einfluss auf die Entscheidungen des Insolvenzverwalters“, warnten die beiden Linkspolitiker Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow.

Die Situation in Gera kann sich deutschlandweit auswirken

Im Übrigen sei der eingetretene vorläufige Insolvenzfall „ein großer Schaden für alle Stadtwerke in Deutschland“, da er erhebliche Auswirkungen auf die Kredithöhe und Darlehenszinsen für kommunale Unternehmen mit sich bringe.

Bislang galten Stadtwerke als insolvenzgeschützt, da sie nach der allgemeinen Auffassung immer ihre jeweiligen Gemeinden und Städte oder Gebietskörperschaften als Risikoträger an ihrer Seite haben. Nun ist eine Situation eingetreten, dass eine Stadt selber keinen genehmigten Haushalt hat. Damit kann diese Konstruktion des Eintretens der Kommune für ihre kommunalen Wirtschaftsbetriebe nicht mehr aus eigener Kraft aufrechterhalten werden. In der Kon-

sequenz führt das dazu, dass sich deutschlandweit die Stadtwerke der Situation ausgesetzt sehen, dass die Banken höhere Kredite und Darlehenszinsen verlangen werden. Unabhängig davon sei es aber völlig unverstänglich, warum das Landesverwaltungsamt den Geraer Haushalt nicht genehmige.

Wir stünden auch für eine Landtagsondersitzung bereit

Die Landesregierung müsse jetzt mit äußerster Dringlichkeit Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt Gera wieder handlungsfähig wird. „Es muss uns allen daran gelegen sein, dass wir über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Lösungen auf den Weg bringen, die sowohl den Stadtwerken als auch der Stadt und damit den Menschen helfen“, heißt es in dem Brief von Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow. Sollte es notwendig sein, würde DIE LINKE eine Sonder-Kabinettsitzung oder eine Sondersitzung des Landtags begrüßen und dafür sofort bereit sein.

Abschließend heißt es in dem Schreiben an die Ministerpräsidentin: „Die Situation von Gera bedarf keiner weiteren politischen Auseinandersetzung, sondern eines Zusammenstehens aller im Land verantwortlichen Politiker. In diesem Sinne unser dringlicher Appell um unmittelbare Hilfe, damit das Insolvenzrecht nicht am Schluss über die kommunale Familie triumphiert.“ ■

Nur wer kämpft, kann gewinnen

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Thüringen kam die freudige Nachricht, dass der Streik der Kolleginnen und Kollegen von den Autogrill-Raststätten Eisenach und Hørselgau erfolgreich war. „Dieser beispielhafte Kampf hat sich wirklich gelohnt. Herzlichen Glückwunsch an die Arbeitnehmer, die einen monatelangen, kräftezehrenden Streik durchgestanden haben, um etwas zu erreichen, was eigentlich Normalität sein sollte: Einen Tarifvertrag“, erklärte Bodo Ramelow am 10. September.

Dieser Arbeitskampf erforderte viel Mut und Durchhaltevermögen. Seit April lief der Streik, seit Anfang August wurden die Raststätten unbefristet und rund um die Uhr bestreikt. Tag und Nacht und auch an den Wo-



chenenden kämpften die Autogrill-Beschäftigten gemeinsam mit der Gewerkschaft NGG. „Ich habe größten Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die nicht klein beigegeben haben, sondern solidarisch für faire Arbeitsbedingungen gestritten haben. Und jetzt endlich erfolgreich wa-

ren!“ Bodo Ramelow hatte sich seit Monaten für die Forderungen der Streikenden nach besserer und vor allem tarifgebundener Bezahlung stark gemacht. LINKE-Politiker waren immer wieder vor Ort, um den Arbeitskampf zu unterstützen. „Der Erfolg ist auch ein Erfolg der NGG und

zeigt die hohe Bedeutung, die Gewerkschaften nach wie vor haben“, sagte Bodo Ramelow, der die große Solidarität mit den Streikenden hervorhob.

Foto: Ben König (Bodo Ramelow bei einer Streikaktion an der Rastsätte Hørselgau im Frühsommer) ■

Aus diffusen Ängsten erwachsen

NACHGEFRAGT bei Katharina König, LINKE Landtagsabgeordnete mit dem Themenschwerpunkt Antifaschismus

Große Erleichterung, als schon die erste Hochrechnung am Wahlabend die NPD weit abgeschlagen sah. Die neonazistische Partei landete schließlich bei 3,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Das waren 0,7 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl vor fünf Jahren. Gibt es also Grund zur Entwarnung?

Nein, das kann man so nicht sagen. Das ist regional und örtlich sehr unterschiedlich. Im Kyffhäuserkreis kam die Neonazi-Partei auf 7,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, in der Stadt Eisenach auf 6,0 Prozent, im Kreis Sömmerda auf 5,7 Prozent. Wo es der NPD gelang, Strukturen aufzubauen und sich personell zu verankern, oder wo sie an rassistische Ressentiments anknüpft, dort hat sie auch entsprechende Ergebnisse. Zu erinnern ist auch daran, dass erst bei der Kommunalwahl vor wenigen Monaten 50 der neonazistischen Szene zuzurechnende Personen als Mandatsträger für die NPD bzw. das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ in Thüringer Kommunalparlamenten eingezogen sind.

Welche Entwicklungen sind jetzt abzusehen?

Es stellt sich die Frage, ob es zu einer Radikalisierung der NPD kommen wird, indem sie noch enger mit den sogenannten Freien Netzen und neonazistischen Kameradschaften agiert oder ob sie sich stärker angepasst und bürgerlich gibt. Ich denke, dass es auf eine weitere Radikalisierung hinausläuft, denn mittelfristig hat die NPD wahrscheinlich keine Chance, in

Landesparlamente einzuziehen, und also keinen Grund, sich zurückzuhalten. Was Angriffe aus vermutlich rechter Richtung anbelangt, da war es schon heftig, was wir als LINKE Landtagsabgeordnete und Landtagskandidaten in den letzten Wochen erlebt haben. Zerstoche Autoreifen zum Beispiel oder Manipulationen an Autorädern – das sind nicht nur Sachbeschädigungen, da geht es an Personen. Das hat eine neue Qualität. Und ich befürchte, dass sich das fortsetzt. Bei Patrick Wieschke, dem NPD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten, gehe ich davon aus, dass er abgesägt wird – einerseits wegen der Veröffentlichungen eines antifaschistischen Rechercheportals zu seiner Vergangenheit – den Über-



griffen auf seine Familie und auf eine Minderjährige – und weil er natürlich verantwortlich gemacht wird für das Wahlergebnis. An der Nachfolge wird sich einiges ablesen lassen, vor allem wenn es Thorsten Heise wird, ein mi-

litanter Neonazi mit Kontakten zum NSU-Unterstützerrumfeld.

Alle sind erschrocken über das hohe Wahlergebnis für die AfD....

10,6 Prozent – das ist einerseits erschreckend, aber andererseits war es leider auch erwartbar. In anderen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien schon seit längerem mit zweistelligen Ergebnissen in den Parlamenten. Ausgehend von den Ergebnissen des Thüringer Monitors, der die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger festhält, war es wohl nur eine Frage der Zeit. Ca. 50 Prozent der Thüringer Befragten stimmten laut Thüringer Monitor der Aussage zu, dass Deutschland gefährlich überfremdet sei. Dass der Nationalsozialismus auch gute

Seiten hatte, fand jeder Fünfte. Wir erleben einen Rassismus der Mitte, der aus diffusen Ängsten erwächst, und wir haben nunmehr die Konsequenz dessen, was sich seit Jahren abzeichnet und wogegen leider kaum etwas getan wurde. So gesehen hat die AfD auch die Zeichen der Zeit genutzt.

Mal genauer hingesehen, was steckt dahinter?

Ich verweise nur auf die Präambel des Wahlprogramms der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl, wo es heißt: „Einem

„Europa der Vaterländer“ gehört unser Herz.“ Ralf Wohlleben, der als mutmaßlicher NSU-Unterstützer in München vor Gericht steht, hatte das neonazistische „Fest der Völker“ unter dem Motto „Für ein Europa der Vaterländer“ in Thüringen etabliert. Die theoretische Grundlage ist der Ethnopluralismus, wonach jeder Staat seine kulturelle Volksidentität hat und es keine Vermischung geben dürfe. Die AfD dockt in ihrer Präambel an dieses Konzept an. In der Beurteilung dieser Partei sollte nicht allein im Vordergrund stehen, ob es Verbindungen zu Nazis gibt, es geht vor allem um die vertretenen Inhalte. Man muss sich das Wahlprogramm genau ansehen, analysieren und entlarven, und beim Spitzenkandidaten Björn Höcke sollte man genau hinhören. Da brauch ich keine Verbindungen mehr zur extrem rechten Szene zu suchen, das sind reaktionäre, rechtspopulistische aber auch menschenfeindliche Einstellungen in Reinform.

Und wie nun damit umgehen?

Das ist eine Herausforderung für alle, und es ist nicht so einfach, wie mit der NPD. Schon der Begriff Rechtspopulismus ist für viele nicht greifbar. Da müssen wir ran: Politik und Zivilgesellschaft – nicht nur in Ostdeutschland – sind gefordert. Wir müssen uns auf eine lange Auseinandersetzung einstellen, und wir müssen vor allem versuchen zu verhindern, dass die AfD sich im parlamentarischen System etabliert.

Für das Interview dankt Annette Rudolph. Foto: Katharina König am Wahlabend im Landtag beim MDR. ■

Thüringer Gebräu: Absetzbewegung am rechten Rand von CDU und FDP?

Die Nachricht ging kurz vor der Landtagswahl fast unter. Am 9. September meldete die Thüringer Allgemeine (TA): „Althaus' letzter Staatssekretär verlässt CDU“. Dabei hat diese Information das Potential, etwas Licht ins Gerangel am rechten Rand der CDU (und der FDP) sowie im Bereich rechts davon zu bringen. Gemeint war nämlich Hermann Binkert, immerhin seit 1980 CDU-Mitglied und in deren Umfeld hoch aufgestiegen. Binkert, 1964 in Südbaden geboren, gehörte zu der konservativ-katholischen Seilschaft in der CDU Thüringen, die dort bis 2009 die Strippen zog. Der Jurist arbeitete zunächst von 1991 bis 1994 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten Claudia Nolte.

Sie wurde Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Binkert folgte ihr 1995 in den Leitungsbereich des Ministeriums. Er wechselte Ende 1998 in die Thüringer Staatskanzlei (Nolte gehörte der Bundesregierung da nicht mehr an, sie leitet heute als Claudia Crawford das Auslandsbüro der CDU-nahen Adenauer-Stiftung in London). Dort arbeitete Binkert als Grundsatzreferent und

persönlicher Referent für die Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Dieter Althaus. Für letzteren leitete er dann ab 2006 die Projektgruppe „Solidarisches Bürgergeld“ der CDU-Landesregierung. Von Juni 2008 bis November 2009 war er Staatssekretär in der Thüringer Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Freistaates Thüringen beim Bund. Mit der dramatischen Niederlage der CDU und ihres Spitzenkandidaten Althaus bei der Landtagswahl 2009 war auch für dessen engstes Umfeld zunächst Karriereende im Landesdienst. Binkert machte sich daraufhin sozusagen mit dem Bürgergeld selbständig. Und zwar in der Erfurter Arndtstraße. Dort hat ein „Institut für neue soziale Antworten“ (INSA) seinen Sitz, dem Binkert vorsteht und dessen Hauptthema laut Eigendarstellung eben jenes „Solidarisches Bürgergeld“ ist. Da man davon aber anscheinend nicht leben kann, kommt ein Unternehmen ins Spiel.

Binkert betreibt „ein Meinungsforschungsinstitut“, heißt es im eingangszitierten TA-Beitrag. Es trägt den Namen INSA-CONSULERE GmbH. Geschäftsführer ist Binkert, seit wann, scheint nicht ganz klar zu sein: entwe-

der seit Juli 2011 (laut INSA-Homepage) oder seit dem 15. August 2011 (Homepage der INSA-CONSULERE GmbH).

Bei dieser GmbH handelt es sich um ein Unternehmen, das – so die TA – „auch die AfD berät“. Mehrfach führte es auch Umfragen für die Bild-„Zeitung“ durch. Trotz dieser Kundenbindung – es war Binkerts GmbH, die drei Tage vor der Bundestagswahl eine Umfrage veröffentlichte, die die AfD mit fünf Prozent bereits im Bundestag sah (wozu es dann doch nicht kam) – habe Binkert aber einen Wechsel in die rechtspopulistische AfD demen-tiert, so die TA. Viel Gutes wusste er freilich schon zwischen Februar und Mai 2014 über die AfD zu berichten, von der er in Beiträgen in der Huffington Post mehrfach als einer neuen Volkspartei regelrecht schwärmte.

Interessant ist auch eine weitere Personalie: Als „Koordinator Strategische Kommunikation“ firmiert bei INSA-CONSULERE GmbH nämlich Patrick Kurth. Er sei „in Berlin, organisiert die Kontakte zu Verbänden, Wirtschaft sowie Politik und repräsentiert dort das Unternehmen“, verrät die Homepage. Den Posten habe Kurth

seit dem 1.11.2013. Da war das Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Germania zu Jena“ gerade mit der FDP aus dem Bundestag geflogen. Kurth, „Koordinator Strategische Kommunikation“ eines Unternehmens, das die AfD berät, ist aber immer noch Generalsekretär der FDP Thüringen und Mitglied im FDP-Bundesvorstand.

Das INSA-Institut selbst scheint inzwischen inaktiv zu sein. Zwar heißt es auf der Internetpräsentation nach wie vor, es finanziere „sich durch Spenden, Stiftungen und sonstige Erträge (wie z. B. EU-Förderprogramme)“. Der aktuellste Termin auf der Homepage ist allerdings der 4. Oktober 2012, unter „Aktuelles“ findet sich als jüngster Eintrag das Datum 15. Januar 2013. Das Geld wird ohnehin woanders verdient: „Die INSA-CONSULERE GmbH unterstützt das gemeinnützige Institut für neue soziale Antworten“, betont deren Homepage. Aufschlussreich ist aber, dass der Beirat des Instituts immer noch als seinen Vorsitzenden „Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dieter Althaus“ anführt.

Stefan Wogawa ■

Die LINKE hat die meisten Frauen

Die neue Landtagsfraktion der LINKEN geht mit 28 Abgeordneten in die sechste Legislaturperiode des Thüringer Landtags. Sie stellt mit den 23jährigen Christian Schaft wiederum den jüngsten Abgeordneten und mit 14 Frauen hat sie auch die meisten weiblichen Abgeordneten in ihren Reihen. Auch wenn der Anteil der Frauen im Thüringer Landtag insgesamt angewachsen ist, liegt er doch mit 35 Frauen (38,5 Prozent) gegenüber 56 Männern immer noch zu niedrig.

Landtagspräsidentin Birgit Diezel unterlag mit 33,5 Prozent im Wahlkreis Gera I der LINKEN-Kandidatin Margit Jung, die ein Prozent mehr Stimmen erreichte und mit 34,5 Prozent erneut ihr Direktmandat verteidigen konnte. Für Frau Diezel bedeutet das

Eine ganze Reihe neuer Abgeordneter werden die „alten Hasen“ in der Landtagsfraktion der LINKEN bereichern: Katja Mitteldorf, bisher Mitarbeiterin in der Fraktion, die - auch zu ihrer eigenen Überraschung - das Direktmandat im Wahlkreis Nordhau-

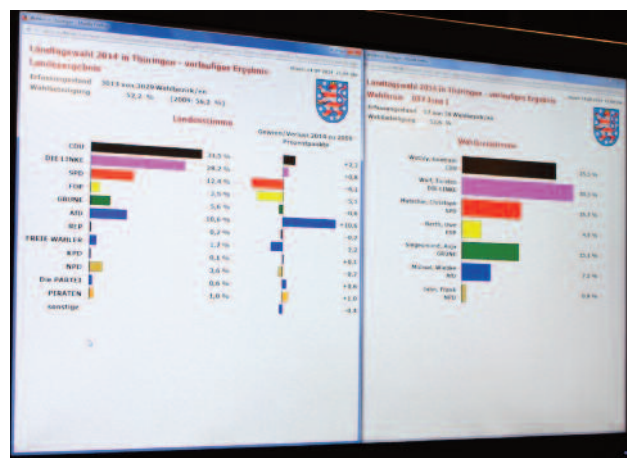
Wenn sich der Thüringer Landtag konstituiert - den genauen Termin hat die bisherige Landtagspräsidentin noch nicht bekannt gegeben, es war aber bei Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports (18.9.) der 8. Oktober im Gespräch - wird die CDU-Abgeordnete Elke Holzapfel, mit 69 Jahren Alterspräsidentin, die erste Parlamentssitzung nach der Wahl eröffnen und leiten.

Der Altersdurchschnitt der jetzt 91 Landtagsabgeordneten in Thüringen liegt übrigens bei 48,5 Jahren.

Neun LINKE-Direktmandate: Die meisten Stimmen für Dieter Hausold und Ina Leukefeld

Ein besonderer Glückwunsch geht natürlich an die neun Landtagsabgeordneten der LINKEN, die sich das Direktmandat erkämpfen konnten, allen voran Dieter Hausold mit 41,2 Prozent im Wahlkreis Gera II und natürlich Ina Leukefeld, die 40,7 Prozent der abgegebenen Stimmen im Wahlkreis Suhl/Schmalkalden-Meiningen erhielt. Damit ließ die auch bei vergangenen Wahlen stets Spitzenergebnisse erzielende versierte LINKE-Politikerin den bisherigen Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voß von der CDU weit hinter sich, er landete bei lediglich 29,5 Prozent. Diese (CDU-)Rechnung ging nun ganz und gar nicht auf.

Auch eine weitere herbe Niederlage mussten die Thüringer Christdemokraten einstecken. Die bisherige



Der Wahlabend im Thüringer Landtag, wo das Landesamt für Statistik auf großen Monitoren die neuesten Zahlen präsentierte, blieb bis zum Schluss spannend, vor allem, welche Direktkandidaten in ihren Wahlkreisen gewonnen haben.

aber, dass sie dem neuen Thüringer Landtag nicht mehr angehören wird, denn für die CDU ziehen aufgrund der hohen Anzahl ihrer Direktmandate (34) auch nur direkt gewählte Abgeordnete in den Landtag ein.

35 Stimmen machten den Unterschied im Ilm-Kreis I

Gut und bitter zugleich war das Wahlergebnis, das Eckhard Bauerschmidt, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis Ilm-Kreis I, zu verzeichnen hatte: Es waren 36,4 Prozent und damit 0,2 Prozentpunkte weniger als für den jungen CDU-Kandidaten Andreas Bühl. Dieser siegte mit dem knappsten Abstand, den es bei diesen Landtagswahlen in Thüringen gab, nämlich mit 35 Wahlkreisstimmen mehr.

sen II errang. Das gelang ebenso Torsten Wolf, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, im Wahlkreis Jena I - und dies gegen keinen Geringeren als dem bisherigen SPD-Bildungsminister Christoph Matschie. Neu als Abgeordnete in der Linksfraktion sind außerdem Christian Schaft, Steffen Dittes, Steffen Harzer, Kati Grund, Rainer Kräuter und Anja Müller.

Abschließend noch ein paar Fakten zur Wahlbeteiligung: Es war die bisher niedrigste in Thüringen, denn die schon geringen 53,8 Prozent aus dem Jahr 2004 wurden diesmal mit 52,7 Prozent noch einmal unterschritten. Die bisher höchste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Thüringen gab es übrigens im Jahr 1994, da gingen noch 74,8 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Wahlbeteiligung:

Am 14. September gab es die höchste Wahlbeteiligung mit 59,8 Prozent im Wahlkreis Weimarer Land/Saalfeld-Rudolstadt III, gefolgt vom Wahlkreis Saale-Holzland-Kreis I (59,2 Prozent). Die geringste Wahlbeteiligung hatte der Wahlkreis Altenburger Land mit 44,8 Prozent.

Zweitstimmen:

Die LINKE erreichte ihre höchsten Zweitstimmenanteile in den Wahlkreisen Gera II mit 36,9 Prozent, Erfurt IV mit 35,7 Prozent, Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV mit 35,7 Prozent. In den Gemeinden Mittelsömmern im Wahlkreis Unstrut-Hainich-Kreis I war die LINKE als Partei am Erfolgreichsten und erzielte 43,3 Prozent, gefolgt von Gillersdorf im Ilm-Kreis I mit 42,1 Prozent. Traditionell schwer hatte es die Partei im Eichsfeld, wo sie z.B. in der Gemeinde Sickerode nur auf 1,5 Prozent kam.

Briefwahlaufkommen:

Von den 954.963 abgegebenen Stimmen bei der Landtagswahl am 14. September in Thüringen wurden 185.948 per Briefwahl abgegeben. Dies entspricht einem Briefwahlaufkommen von 19,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler, von denen also jeder Fünfte - soviel wie noch nie zuvor - die Briefwahl genutzt hatten.

Fraktionssitzung:

Zu ihrer konstituierenden Sitzung treffen sich die 28 neugewählten Landtagsabgeordneten der LINKEN am Freitag, den 26. September, 13 Uhr im Käte-Duncker-Saal.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

NACHRICHTEN

Dispozinsen

„Die Kritik an den exorbitant hohen Dispozinsen ist berechtigt“, betonte MdL Diana Skibbe. „Mit einem Leitzins von 0,05 Prozent bekommen die Banken Geld von der Europäischen Zentralbank nahezu geschenkt, aber die Dispozinsen liegen meist bei mindestens elf Prozent, die Überziehungszinsen bei 16 Prozent. Weniger werden nur Kunden mit höher bewerteter Bonität angeboten, Normalverbraucher zahlen kräftig drauf.“ Die LINKE hat in der vergangenen Legislaturperiode mehrere Anträge eingebracht. „Wir sehen uns durch die Einschätzung der Verbraucherzentrale in unserer Forderung nach einer Dekelung der Dispozinsen auf fünf Prozent über Leitzins bestätigt. Selbstverständlich werden wir im neuen Landtag hier erneut aktiv, damit die Verbraucher spürbar geschützt werden“, so die Abgeordnete. ■

Asylverfahren

Als „richtige Antwort auf rechtspopulistische und rassistische Positionen“ legt Flüchtlingspolitikerin Sabine Berninger (LINKE) der amtierenden Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht den Appell von Menschenrechtsorganisationen an den Bundesrat ans Herz. Pro Asyl und Amnesty International fordern „Keine faulen Kompromisse beim Asylrecht!“ und spielen damit auf den Versuch der Bundesregierung an, eine Entscheidung für die Erklärung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas zu sicheren Herkunftsländern mit Verbesserungen im Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrecht zu erpressen. „Dieses perfide Spiel darf nicht mitspielen, wer glaubhaft rassistischen Positionen begegnen will. Und schon gar nicht, wer glaubwürdige Christin sein möchte.“ ■

Wahlrechtsreform

Angesichts der auf knapp 53 Prozent gesunkenen Beteiligung bei der Landtagswahl hat der Thüringer Landesverband von „Mehr Demokratie e.V.“ eine Reform des Wahlrechts gefordert. Landessprecher Ralf-Uwe Beck schlug u.a. vor: Statt der Listenstimme sollten die Wähler mehrere Stimmen frei auf Kandidaten verschiedener Listen verteilen und deren Reihenfolge damit verändern können. Das Wahlalter sollte auf 16 Jahre gesenkt werden, damit das politische Interesse möglichst frühzeitig geweckt wird. Briefwahllokale könnten an öffentlichen Orten, wie Einkaufszentren, eingerichtet werden oder Briefwahlunterlagen automatisch an alle Wahlberechtigten verschickt werden. „Eine Wahlrechtsreform sollte zu Beginn der Legislatur im Landtag diskutiert werden“, schlug Ralf-Uwe Beck vor. ■

TERMINE

Konstituierende Landtagssitzung:

Nachdem die neugewählten Landtagsabgeordneten in diesen Tagen gegenüber dem Landeswahlleiter Günter Krombholz formal die Annahme ihrer Mandate erklären, rückt die Konstituierung des neuen Thüringer Landtags in seiner sechsten Legislaturperiode näher. Der neue Thüringer Landtag mit seinen jetzt 91 Abgeordneten muss spätestens 30 Tage nach der Landtagswahl einberufen werden. Den Termin gibt die Landtagspräsidentin noch bekannt.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

„Rennsteig“: Rückeroberung einer Bahnstrecke

Wenn eine stillgelegte Bahnstrecke wieder in Betrieb genommen wird, kann man auch von „Rückeroberung“ sprechen. Insbesondere dann, wenn diese Inbetriebnahme ganz offensichtlich gegen den Widerstand der politisch Verantwortlichen im Land geschieht. Bei einem Vor-Ort-Termin im August mit der verkehrspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Gudrun Lukin, hat der Geschäftsführer der Rennsteigbahn, Manfred Thiele, die Geschichte „seiner“ Bahn und die der überwundenen Schwierigkeiten erzählt.

„Seit der Übernahme der Strecke durch die Deutsche Bahn Anfang der 90er Jahre gab es offenbar nur ein Ziel: Stilllegung.“ 1993 wurde der Güterverkehr eingestellt, 1998 der Personenverkehr. „Und dann sollte die Strecke entwidmet und abgebaut werden. Nur mit vereinzelt, aber regelmäßigen Zugfahrten konnte dies verhindert werden.“ 2003 wurde dann die Strecke von der Rennsteigbahn übernommen. „Bei der Übergabe der Urkunden erklärte man mir, niemals würde seitens des Landes auf dieser Strecke eine Bestellung erfolgen“, erinnert sich der Geschäftsführer. Auch die Übernahme des

gierung. Und zieht einen Zettel mit den bisherigen Fahrgastzahlen aus seinem Ordner. „Klar, im November kommt bestimmt eine saure-Gurken-Zeit. Aber wir haben im Prinzip schon jetzt die prognostizierten Zahlen bis zum Jahresende erreicht“, belegt er den Erfolg des Unternehmens.

„Mit einem gemeinsamen Kursbuch beginnen“

Und auch auf eine Nachfrage Gudrun Lukins hin, wie er sich eine Verknüpfung und Vernetzung der unterschiedlichen Bahnvereine und Initiativen vorstellen würde, zeigt er sich

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Zweierlei Zukunft

Mitte dieses Jahrhunderts wird der Kapitalismus seine Dominanz eingebüßt haben. Sagt der US-Soziologe und Bestsellerautor Jeremy Rifkin. Sein Argument: dezentralisierte und kollaborative Kommunikation und Ökonomie werden die Macht großer Konzerne brechen. Bis Mitte des Jahrhunderts. Dann werde eine „Kommunikations- und Energie-Matrix“, bestehend aus den erneuerbaren, dezentralen Energien sowie dem Internet, zum „Herz der Dritten Industriellen Revolution“. Mit der genannten Folge.

Man sollte Rifkin Ernst nehmen. Er hat 1995 das Ende der klassischen Fabrikarbeit vorausgesagt. Heute setzt er auf die „Non-Profit-Gesellschaft“, die er im Internet entstehen sieht. Seine diesbezüglichen Ideen ähneln denen des deutsch-amerikanischen Philosophen Frithjof Bergmann von einer „Neuen Arbeit“, der ab 2004 mehrfach auf Einladung der damaligen PDS-Landtagsfraktion in Thüringen war. Man könne sich, „befreit von Lohnarbeit, karitativen Aufgaben und kultureller Kreativität widmen“, so Rifkin. Bergmann nennt das „Arbeit, die wir wirklich, wirklich“ wollen.

Solch klugen Zukunftsentwürfen steht neurechter Dystopismus gegenüber, wie ihn etwa Heino Bosselmann verbreitet. Der veröffentlichte viel in der „Jungen Freiheit“ (zeitweise sogar als Kolumnist), wo man sich auskennt auch mit halb und ganz Braunem.

Im September hat ihm – peinlich genug – die sich bislang in der Tradition der „Weltbühne“ Tucholskys und Ossietzkys verstehende Zweiwochenschrift „Das Blättchen“ eine Bühne geboten: „Das Ökonomische“, so warb bei Bosselmann der typisch rechte, kulturpessimistische Weltschmerz, „mithin das Denken in Kategorien, wie Leistung, Gewinn und Genuss, ist nicht das isoliert und absplattbar Böse, sondern Teil der condition humana“. Wie dröge!



Gudrun Lukin im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Rennsteigbahn Manfred Thiele.

Über die Schwierigkeiten und Probleme bei der Eröffnung der Rennsteigbahn kann man auch auf der Internetseite der Linksfraktion weitere Details nachlesen. Aber eigentlich sind die dort geschilderten Sachverhalte nicht der Anfang, sondern das Ende einer langen Geschichte.

Schon die Anreise hatte es für Gudrun Lukin in sich, denn sie kam an einem Mittwoch und die direkte Bahnverbindung Erfurt-Bahnhof Rennsteig gibt es nur an den Wochenenden. Also ging es mit einem Regio-Shuttle von Erfurt nach Ilmenau.

Hier musste zunächst der Bussteig für die Linie „300“ zum Rennsteig gesucht werden – ein freundlicher Busfahrer half weiter. Und die Umsteigezeit von 30 Minuten ließ dann noch Luft für eine Tasse Kaffee in einem kleinen Restaurant. Mit dem Bus, der sich im Laufe der Strecke mit Wandern und großen und kleinen Ausflüglern gut füllte, ging es dann zum Bahnhof Rennsteig. Der eigentlich kein richtiger Bahnhof ist, denn es gibt keinen Ort in der Nähe.

„Der Bahnhof wurde gebaut, weil eine Dampflokomotive immer Wasser über dem Kessel braucht. Und deshalb muss der Schornstein einer Dampflokomotive immer talwärts zeigen. Damit am Scheitelpunkt der Strecke umgepannt werden konnte, wurde der Bahnhof errichtet“, erzählte der Geschäftsführer gleich zu Beginn des Gesprächs. Nach einem launigen Ausflug in die Eisenbahngeschichte kam Manfred Thiele dann zur Sache.

Bahnhofsgebäudes reihte sich nahtlos in die Blockadeaktionen ein. „Obwohl wir einen Pachtvertrag und bereits mehrere Tausend Mark investiert hatten, sollte der Bahnhof versteigert werden. Ich bin zum Termin gefahren und konnte dort in letzter Sekunde den Verkauf verhindern.“

„Im Prinzip habe ich den Bahnhof zweimal gekauft“

Am Schluss konnte mit der Bahn ein Kaufvertrag vereinbart werden. „Im Prinzip habe ich den Bahnhof zweimal gekauft. Denn alle Investitionen, die wir im laufenden Pachtvertrag getätigt hatten, wurden von der Bahn nicht anerkannt“, ärgert sich Thiele noch heute.

Umso größer war die Freude, als dann nach einer Krisensitzung Mitte Juni die Shuttlezüge der Erfurter Bahn den Regelbetrieb am Wochenende aufnahmen, wie die Abfahrtstafel am Bahnhofsgebäude zeigt. „Aber natürlich brauchen wir Unterstützung seitens des Kreises und des Landes. Wir sehen uns als wichtigen Teil der touristischen Infrastruktur und bringen Menschen in die Region.“ Manfred Thiele fordert deshalb auch Fördermittel nicht nur für den Streckenerhalt, sondern auch für das rollende Material.

„In Sachsen werden Dampflokomotiven wie touristische Destinationen behandelt. Warum soll das in Thüringen nicht möglich sein?“, richtet er seine Frage an die (zukünftige) Landesre-

aufgeschlossen. „Wir sollten mit einem gemeinsamen Kursbuch beginnen, wie es in Sachsen bereits aufgelegt wird“, schlägt er vor. Danach könne man Stück für Stück über weitere gemeinsame Schritte nachdenken.

Diese Vernetzung ist für die LINKE-Landtagsabgeordnete eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertretung aller Vereine und Initiativen gegenüber der Politik. „Das Land braucht einen einheitlichen Ansprechpartner. Dann kann auch nicht mehr eine Förderung nach persönlicher Beliebtheit erfolgen“, macht sie zum Abschluss des Gesprächs deutlich.

Text und Fotos: Matthias Phlak

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.